

Berlin, im Juni 2008

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nicht, weil in der Berliner Schulpolitik nicht genug passiert ist, sondern wohl eher wegen der Arbeitsüberlastung haben wir in der Redaktion eine längere Pause als gewohnt einlegen müssen.

Aber jetzt liegt die Sommerausgabe unserer news vor Ihnen, und es gibt einiges – meist Unerfreuliches – aus dem Hause SenBWF! Ich konnte nicht umhin, diesem Bericht die Überschrift "Neues aus der Anstalt" zu geben, die Erfinder der gleichnamigen Fernsehserie würden es verstehen, wenn sie den Text gelesen hätten.

Es gibt einiges Neue – auch verbandsintern -, auch darüber mehr im Heft.

- Neues aus der Anstalt
- Neues aus dem Landesverband
- Neues aus dem Bundesverband
- Internet-Mobbing
- Lehrergesundheit
- Familienzulage

Dass die großen Vorschusslorbeeren unseren Bildungssenator, Herrn Zöllner, betreffend, wie alle Lorbeeren dieser Art sich eher als Luftnummer erwiesen haben, konnten Sie auch schon der Tagespresse entnehmen. Aber einige der ganz besonderen 'Schmankerln' habe ich für Sie herausgesucht, Sie können dann selbst entscheiden ob es eher zum Lachen oder zum Weinen ist.

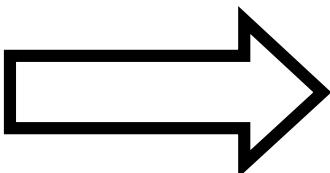
Aus Platzgründen musste ich darauf verzichten, die Urteile abzdrukken. Nur so viel: Die leidige Arbeitszimmer-Geschichte für Lehrerinnen und Lehrer ist wohl hinlänglich ausgeurteilt, in keinem Verfahren wurde der Klage stattgegeben.

Da wir Lehrerinnen und Lehrer wie selbstverständlich unsere Arbeitsmaterialien (OH-Stifte, Kopien etc.) aus eigener Tasche bezahlen, wird nun auch noch frech davon ausgegangen, dass wir unseren Dienst"herren" – komisch, Dienstfrauen gibt es nicht – dass Bereitstellen von Arbeitsplätzen auf unsere Kosten ersparen.

Aber ehe wir jetzt schon wieder übellaunig werden: Ich wünsche Ihnen einen wunderschönen Sommer, noch spannende Fußballspiele, entspannte Ferien und einen erträglichen Stundenplan im nächsten Schuljahr.

*Herzlich,
Ihre
Roswita Mätzig-Wurm
für den Vorstand*

PS: Und ganz wichtig: Im Herbst sind Personalratswahlen. Unsere erfahrenen Mitglieder Michael Heyer und Heike Danner werden wieder an der Spitze kandidieren.



Neues aus der Anstalt

Sicher haben viele von Ihnen die Berliner "Notizen aus den Ländern" in w+e, die unser Pressesprecher, Klaus Gehrman, dankenswerterweise immer ganz pünktlich abschickt, verfolgt. Darum werden Sie über vieles informiert sein, ebenfalls aus der Tagespresse. Dennoch – in der Zusammenfassung wird das Chaos in der Berliner Schulverwaltung vielleicht noch deutlicher.

Abschaffung der Halbjahreszeugnisse an den Berufsschulen: Verkauft als Arbeitserleichterung für die Kolleginnen und Kollegen – wieder **zurückgenommen**.

Einfallsreicherweise mal wieder eine **Arbeitszeiterhöhung** für uns – wieder **zurückgenommen** (und zwar am selben Tag der Veröffentlichung!!!).

Personalpolitik: Ein Schulleiter eines großen OSZ kommt **ohne** das sonst übliche "**Haushaltswartjahr**" in den sofortigen Genuss seiner erhöhten Bezüge. Normalerweise funktioniert ja der Flurfunk recht gut, aber außer der Bestätigung, dass dies zutrifft, war leider hierzu (z.B. den Grund dafür) nichts zu erfahren. Jeder andere verbeamtete Beschäftigte des Landes Berlins muss sich widerspruchslos dieser Regelung unterwerfen. Vitamin B??

Aber den größten Coup landete Herr Zöllner einen Tag vor den Osterferien: Ohne Ausschreibung – einfach nur so – wurde Herr Laube, langjähriger gew-Vorsitzender in Berlin, zum Abteilungsleiter und damit zum Dienstvorgesetzten von ca. 28.000 Berliner Lehrerinnen und Lehrern und der gesamten Schulaufsicht "berufen". Dass Herr Laube weder die laufbahnrechtlichen Voraussetzungen erfüllt noch Erfahrungen in der Schulaufsicht vorzuweisen hat, spielte offensichtlich bei dieser Personalentscheidung keine Rolle.

Interessant werden jetzt zwei Knackpunkte: Als gew-Vorsitzender hat Herr Laube immer auch verbeamtete Lehrer/-innen zum Streik aufgerufen. Jetzt ist er in der Situation, solche Vorkommnisse disziplinarrechtlich

verfolgen zu müssen. Da darf man ja mal gespannt sein!

Gleichzeitig muss Herr Laube auch die offizielle Linie der Senatsverwaltung – z.B. bei der Zusammenarbeit der allgemeinbildenden Schulen mit freien Trägern im Erzieherbereich – vertreten. Die gew lehnt dies jedoch ab. Nennt man das nicht einen "klassischen Rollenkonflikt"?

Fast unwichtig zu erwähnen, dass Herr Laube 62 Jahre alt und bereits in Altersteilzeit ist. Wenn jemand so richtig wichtig ist, wird alles möglich gemacht.

Für die berufsbildenden Schulen ist weiterhin Herr Pieper zuständig. Und obwohl die Beiträge in den news in den letzten Jahren nicht immer zu dessen Gunsten ausfielen: Was man hat, weiß man...

Lehrermangel: Am 16.04. haben wir in einem Schreiben an Herrn Zöllner auf den drohenden Lehrermangel für das neue Schuljahr aufmerksam gemacht. Bis Redaktionsschluss (fast zwei Monate später) lag eine Antwort nicht vor. Allerdings ist mir aus zuverlässiger Quelle bestätigt worden, dass man im Hause der Senatsbildungsverwaltung jetzt doch auch schon festgestellt haben soll, dass zum Schuljahr 2008/09 unter Umständen Lehrer fehlen könnten. Man scheint verwundert, warum nicht genug da sind!!!!

MSA: Herr Schlemm (der Staatssekretär der Bildungsverwaltung, der offensichtlich über eine Tarnkappe verfügt, denn er soll nahezu unsichtbar sein), besteht **energisch** auf einer Wiederholung der Mathe-Prüfung. Dass dies überhaupt in Zweifel gezogen werden könnte, liegt wohl an den hervorragenden Juristen bei SenBWF, denen von freiberuflichen Anwälten schon so manche Schlappe beigebracht wurde. Unser Vorschlag: Das Geld für die angestellten bzw. verbeamteten Juristen künftig einsparen (k.w.-Vermerk) und mit dem eingesparten Geld "richtige" Anwälte bezahlen, vielleicht gewinnt die Verwaltung dann mal wieder einen Prozess. Dass Eltern sich allerdings dafür hergeben, notfalls für ihre Kinder klagen zu wollen, ist schon abstrus. Da fehlt wohl doch das Bewusstsein für Wertevermittlung.

Lange lehren

Im Winter fand in Dresden die Abschlussveranstaltung des Modellvorhabens „Lange lehren“ – gefördert vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales – statt.

Ziel des Verbundprojektes „Lange lehren“ ist es, aus der Perspektive des Arbeitsschutzes einen Beitrag zur Förderung von Arbeitsfähigkeit und Gesundheit von Lehrerinnen und Lehrern zu leisten. Dazu wurden im Verbundprojekt vier verschiedene Präventionsansätze entwickelt, erprobt, wissenschaftlich evaluiert und in einem präventiven Gesamtkonzept zur Erhaltung und Förderung von Arbeitsfähigkeit und Gesundheit im Lehrerberuf zusammengefasst.

Zur Abschlussveranstaltung stellte das Verbundprojekt die verschiedenen Präventionskonzepte und Projektergebnisse vor. Außerdem sollte diese Veranstaltung zur weiteren Vernetzung und dem

Erfahrungsaustausch zwischen Fachleuten auf dem Gebiet der Lehrergesundheit beitragen sowie Anregungen für zukünftige politische Entwicklungen geben.

Teilgenommen haben Frau Rita Janning, Ministerialrätin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Herr Hansjörg König, Staatssekretär im Sächsischen Staatsministerium für Kultur, Herr Professor Dr. Klaus Scheuch, Verbundleitung Dresden, sowie Arbeitsmediziner, Schulpsychologen, Vertreter von Krankenkassen, Vertreter der GEW, des Philologenverbandes und des VLW, Lehrerinnen und Lehrer.

Ausgerichtet hatte die Veranstaltung die Sächsische Landesärztekammer in Dresden.

Weitere Informationen – auch die diesjährigen Projektergebnisse - finden Sie im Internet unter:

www.langelehren-projekte.de

Christa Lang/Gisela Kern

DBB BERLIN: BESOLDUNGSINITIATIVE ZEIGT ERSTEN ERFOLG

Die Besoldungsinitiative des dbb berlin hat zu einem ersten positiven Ergebnis geführt: Der Familienzuschlag für Beamtenfamilien mit drei und mehr Kindern soll um 50 Euro angehoben werden.

Einen entsprechenden Gesetzentwurf hat Innensenator Ehrhart Körting dem dbb Landesbund zur Stellungnahme nach § 60 Landesbeamtengesetz übersandt.

'Mit dieser Regelung,' würdigt der Berliner dbb-Chef Joachim Jetschmann den Gesetzentwurf, wird eine Forderung unserer Besoldungsinitiative punktgenau umgesetzt.'

Wörtlich heißt es in der Besoldungsinitiative: 'Der Familienzuschlag für dritte und weitere Kinder ist um jeweils 50 Euro zur Berücksichtigung der Situation kinderreicher Beamtenfamilien nach der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu erhöhen.'

Redaktion:
Joachim Jetschmann

Leistung anerkennen, Zukunft gestalten

Unter diesem Motto stand der Gewerkschaftstag 2007 vom 25.11. bis 28.11.07 des dbb und der tarifunion in Berlin. Tagungsort war das Estrel-Hotel.

Am Montag, 26.11.07, standen viele Satzungsänderungen, die Wahl des neuen Vorstandes und der Besuch der Bundeskanzlerin, Frau Dr. Angela Merkel, auf dem Programm.

Herr Peter Heesen wurde in seinem Amt als dbb-Bundvorsitzender bestätigt. Neuer 1. stellvertretender Bundesvorsitzender wurde gemäß Satzungsänderung der 1. Vorsitzende der dbb tarifunion, Herr Frank Stöhr. Zu weiteren Stellvertretern wurden Herr Klaus Dauderstädt, Herr Heinz Ossenkamp, Frau Kirsten Lühmann, Frau Astrid Hollmann und Herr Dieter Ondracek gewählt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel vor den Delegierten des dbb Gewerkschaftstages: Klares Bekenntnis zum Berufsbeamtentum

Bundeskanzlerin Merkel hat vor den Delegierten des dbb Gewerkschaftstages ihre Bereitschaft zum Dialog mit dem gewerkschaftlichen Dachverband in allen wichtigen, den öffentlichen Dienst betreffenden Fragen unterstrichen. „Der dbb ist uns wichtiger Partner bei allen Reformen – ob beim Dienstrecht oder in der Verwaltungsmodernisierung“, sagte die Bundeskanzlerin. „Wir sollten auch künftig darüber sprechen, wie wir in unserer bewährten Kooperation vorankommen.“

Sie habe „allergrößte Hochachtung“ für die Leistungen des öffentlichen Dienstes, sagte Merkel und verband ihren Dank an die Beschäftigten mit der Versicherung: „Der Bund weiß seine Beamten zu schätzen.“ Die Bundeskanzlerin sprach sich klar für einen Fortbestand des Berufsbeamtentums aus. „Das ist auch die Gewähr für die Kontinuität dessen, worauf die Bürger in diesem Land sich verlassen können.“

Merkel war von den Delegierten mit lang anhaltendem Beifall begrüßt worden. dbb Chef Peter Heesen hatte zuvor deutlich gemacht, dass der dbb nach der Föderalismusreform im Wettbewerb vom Bund als einem von 17 Wettbewerbern Vorbildliches für das öffentliche Dienstrecht erwartet. „Nachbesserungen im Sinne von mehr Reform sind möglich und nötig“, sagte Heesen mit Blick auf den Entwurf zum Dienstrechtsneuordnungsgesetz. Merkel signalisierte Gesprächsbereitschaft auch in der Frage verbesserter Leistungsanreize.

Zur Einkommensrunde 2008 machte Heesen klar: „Nach Jahren des Verzichts und der Entbehrungen ist die Stunde gekommen, in der die Politik Verständnis dafür haben muss, dass auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst an der allgemeinen Einkommensentwicklung beteiligt werden müssen“, sagte er. „Wir wünschen uns einen fruchtbaren Dialog.“ Merkel räumte ein: „Gerade ihnen ist in den vergangenen Jahren manches zugemutet worden. Wir sollten jetzt Schritt für Schritt etwas zurückgeben an diejenigen, die zu den Säulen unseres Staates gehören.“

(Bericht zum Merkel-Besuch entnommen aus Journal 2 dbb Gewerkschaftstage 2007)

Am Dienstag, 27.11.07 fand eine öffentliche Veranstaltung statt.

Ansprachen gab es:
vom Bundesvorsitzenden des dbb, Herrn Peter Heesen
vom Vizepräsidenten des Bundesrates, Herrn Peter Müller
vom Bundesminister des Innern, Herrn Wolfgang Schäuble

Grußworte kamen von:
Herrn Ronald Profalla, Generalsekretär der CDU
Herrn Hubertus Heil, Generalsekretär der SPD
Herrn Dirk Nebel, Generalsekretär der FDP
Frau Petra Pau, Stellv. Vorsitzende der Bundestagsfraktion DIE LINKE und Unser

Bundestagsvizepräsidentin Frau Christine Haderthauer, Generalsekretärin der CSU

Eigentlich haben sich fast alle Rednerinnen und Redner zum Berufsbeamtentum –auch für Lehrerinnen und Lehrer - mehr oder weniger deutlich – ausgesprochen.

Musikalisch wurde die Veranstaltung von der Big Band des Bundespolizeiorchesters umrahmt.

Aus dem Geschäftsbericht des Gewerkschaftstages:

Unser öffentlicher Dienst ist wieder billiger geworden.

In der Tat – im Vergleich zu den anderen Ländern der Euro-Zone ist in Deutschland zwischen 1999 und 2006 die Ausgabensumme der öffentlichen Haushalte für Personal gerade einmal um 0,5 % gestiegen, im selben Zeitraum in Frankreich um 27,1 %, in der Euro-Zone durchschnittlich um 27,5 %, in Italien um 36,7 %, in Irland sogar um 131,7 %.

Christa Lang
Gastdeligierte

DEUTSCHER LEHRERVERBAND (DL)

Mitgliedsverbände: Deutscher Philologenverband – DPhV

Verband Deutscher Realschullehrer – VDR

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen – VLW

Bundesverband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen Schulen – BLBS

12. Juni 2008

Lehrerverband kritisiert Umgang mit dem Bildungsbericht 2008

- „**Berufliche Schulen stärken!**“
- „**Mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft skandalös**“

Der Deutsche Lehrerverband (DL) hat den Umgang mit dem heute veröffentlichten Bericht „Bildung in Deutschland 2008“ scharf kritisiert. Lehrerverbandspräsident Josef Kraus sagte dazu wörtlich:

„Kaum sind die 330 Seiten dieses Berichts ungelesen auf dem Markt, da laufen schon wieder die üblichen pawlowschen Reflexe ab. Dieser Bericht gibt zum Beispiel nichts her für die Forderung nach Abschaffung der Hauptschule. Dass Hauptschüler zum Teil Probleme bei der Einmündung in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben, ist bekannt. Dieses Problem wird aber nicht durch die Abschaffung der Hauptschulen gelöst, denn damit werden die Ausbildungsplätze nicht vermehrt und auch die Hauptschüler mit ihren zum Teil problematischen sozialen Umständen werden damit nicht abgeschafft.“

Helfen kann hier vor allem der Ausbau der beruflichen Schulen. Diese müssen personell in die Lage versetzt werden, Schülern ohne Schulabschluss eine zweite Chance zu bieten.

Eine üble Unterstellung ist die Behauptung von Wirtschaftsorganisationen, die die Schuld an den Ausbildungsproblemen von Hauptschülern den angeblich schlechten Schulen zuweisen. Eine solche Argumentation ist ein plummes Ablenkungsmanöver. Wenn etwas skandalös ist, dann ist es die mangelnde Ausbildungsbereitschaft der Wirtschaft. Immerhin stehen sich hier zwei Drittel der Betriebe aus ihrer Verantwortung für die Jugend und für die Gesamtgesellschaft davon.“

Für den Inhalt verantwortlich: Waltraud Fuchs (DL)

BERLINER SPD AUF ABWEGEN

Auf der Klausurtagung des Landesvorstandes der Gewerkschaft kommunaler Landesdienst – gkl berlin – griff der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, die Berliner SPD scharf wegen einer beabsichtigten Beschlussfassung auf dem Landesparteitag am 21. Juni über die Abschaffung der eigenständigen Beamtenversorgung an.

Die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen – AfA Berlin hat dem Landesparteitag der Berliner SPD einen Antrag zur angeblichen „Weiterentwicklung der deutschen Rentenversicherung“ vorgelegt. In diesem Antrag wird die Ausdehnung der Versichertengemeinschaft auf die Beamtinnen und Beamten vorgeschlagen. Da der Antrag von der Antragskommission des Landesparteitages zur Annahme empfohlen

worden ist, muss davon ausgegangen werden, dass die Berliner SPD insbesondere für die Berliner Beamtinnen und Beamten einen Sonderweg bei der Altersversorgung anstrebt.

Dem Vorschlag der Berliner SPD hat der Landesvorsitzende des dbb berlin nicht nur wegen der rechtlichen Hindernisse, die dem Antrag entgegenstehen, widersprochen, sondern auch davor gewarnt, dass sich wieder einmal eine Berliner Partei mit einer unsinnigen politischen Initiative an die bundesweite Öffentlichkeit wendet.

Besonders kritisierte der Landesvorsitzende des dbb berlin, Joachim Jetschmann, auch, dass die in der AfA Berlin verantwortlichen Vertreterinnen und Vertreter von Einzelgewerkschaften des DGB diesen beamtenfeindlichen Antrag mittragen.

Redaktion:
Joachim Jetschmann

Deutscher Lehrerverband (DL):

„Noten der Wirtschaft für die Schulpolitik sind eine Farce“

Der Präsident des Deutschen Lehrerverbandes (DL), Josef Kraus, hat den soeben veröffentlichten „Schulpolitik-Check“ der unternehmernahen „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM) wie folgt kommentiert:

„Dieser Check ist eine Farce. Das sieht man erstens daran, dass bei den Noten für die Schulpolitik der 16 deutschen Länder kaum differenziert wird und nur die Noten 2 und 3 verteilt werden. Zweitens werden hier die tatsächlichen Leistungsdaten auf den Kopf gestellt. Länder wie Baden-Württemberg, Bayern, Thüringen und Sachsen, die in allen namhaften Leistungstests an der Spitze liegen, werden mit der Note 3, und Länder, die seit Jahren die Schlusslichter bei solchen Leistungsvergleichen bilden, mit der Note 2 bewertet.“

Der ganze Check ist nichts anderes als Wichtigtuerei und ein billiger Versuch, Aufmerksamkeit zu erregen. Man kann nur hoffen, dass sich weder die gut, noch die befriedigend bewerteten Länder davon beeinflussen lassen und ihre Hausaufgaben vor allem hinsichtlich Unterrichtsversorgung machen.“

Für den Inhalt verantwortlich: Waltraud Fuchs, DL

Pressemitteilung

Erstmals eine Frau an der Spitze

Dr. Annette Orth zur Vorsitzenden des Bundesverbandes der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen gewählt



Am 29. Februar 2008 haben die Vorsitzenden der VLW-Landesverbände in Fulda Dr. Annette Orth zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt und damit erstmals eine Frau an die Spitze des Bundesverbandes gestellt. Sie tritt die Nachfolge von Dr. Wolfgang Kehl an, der nicht mehr kandidiert hat.

Dr. Annette Orth ist 37 Jahre alt und ledig. Sie wohnt in der Nähe von Hamburg in Bliedersdorf. Ihre Hobbys sind Informatik/Multimedia, Spaziergänge mit dem Hund an der Elbe und Fremdsprachen.

Sie ist angestellte Lehrerin im Rang einer Studienrätin an den Berufsbildenden Schulen II Stade (Altes Land).

Ihre VLW-Laufbahn begann sie als Stellvertretende Vorsitzende des VLW-Bezirks Stade und als Mitglied im Beirat des Erweiterten VLW-Landesvorstands Niedersachsen für den Bereich „Angestellte Lehrerinnen und Lehrer“. Als Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands war sie Referentin für Europa-Fragen und für Tarifpolitik, Stellvertretendes Mitglied in der Arbeitsgruppe „Lehrer“ der dbb tarifunion und Mitglied im TTnet-Netzwerk (Netzwerk für Innovation bei der Qualifizierung von Ausbildungs- und Lehrpersonal in der beruflichen Bildung) des CEDEFOP. Ferner entwickelte und betreute sie die VLW-Homepage.

Die Akzente ihrer künftigen Verbandsarbeit sind vielfältig. Die neue Vorsitzende: „Wir befinden uns in einer Zeit mannigfaltiger Umbrüche, die einen verstärkten Einsatz des Bundesverbandes erfordern. In der Bildungspolitik gilt es vor allem, den Hochschulzugang über die wirtschaftsberuflichen Schulen auszubauen, diese Schulen zu stärken, im Kontext des lebenslangen Lernens zu positionieren und ihre Abschlüsse im EQF angemessen einzuordnen.“ In der Lehrerbildung sei es unerlässlich, bei der Gestaltung der Bachelor- und Masterstudiengänge engagiert mitzuwirken. Nicht zuletzt will sie dem Status der Lehrerinnen und Lehrer an wirtschaftsberuflichen Schulen ein besonderes Augenmerk widmen. „Der Wiederherstellung einer attraktiven Vergütung für beamtete und angestellte Lehrkräfte und der Schaffung zumutbarer Arbeitsbedingungen wird mein ganzer Einsatz gelten,“ so Dr. Annette Orth.

Wichtig ist ihr auch der Stil ihrer Führungsarbeit. Unter dem Motto „Einheit in Vielfalt“ will sie die Landesverbände verstärkt in die Bundesarbeit einbinden und somit den Zusammenhalt des Bundesverbandes festigen

Achtung: Wichtig für alle Kolleginnen und Kollegen mit eingetragenen Partnerschaften! Bezüglich des Familienzuschlages gibt es Änderungen. Bitte informieren Sie sich im Internet oder wenden Sie sich an unser PR-Mitglied Michael Heyer unter hey@vlw-berlin.de

Französische Schüler dürfen Lehrer nicht mehr namentlich benoten

Anders als in Deutschland dürfen französische Schüler ihre Lehrer **nicht mehr namentlich** im Internet benoten. Die Ausübung von Informations- und Meinungsfreiheit stoße an ihre Grenzen, **wenn der Bildungsbetrieb und damit die öffentlichen Ordnung gestört werde**, urteilte ein Gericht in Paris. Schüler können dort ab jetzt nur noch ihre Schulen beurteilen. Die Betreiber reagierten und zensurierten die Namen (vergl. Grafik). In Deutschland müssen sich Lehrer die Benotung durch Schüler im Internet weiterhin gefallen lassen.

Das Landgericht Köln hatte Ende Januar die Klage gegen „spickmich.de“ zurückgewiesen: Die Bewertung von Lehrern in dem Schülerportal stelle „**keinen unzulässigen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht und verletzt auch nicht den Datenschutz**“.

Der **VLW** hat mehrere Rechtsgutachten erstellen lassen. Wegen der Ergebnisse musste spickmich reagieren. So wurden die Kriterien seriöser und der Zugang nur noch für Schulmitglieder „erlaubt“. Damit soll der Zweck der Seite bestätigt werden und die Öffentlichkeit formal ausgeschlossen werden. Der öffentliche Bildungsauftrag wird aber weiterhin gestört. **Da bleibt der VLW dran!** Anders als in Deutschland hat man in Frankreich sofort erkannt, dass Lehren ein öffentlicher und hoheitlicher Auftrag ist, der nicht gestört werden darf. Es kommt eben nicht auf das allgemeine Persönlichkeitsrecht an, sondern auf die Erfüllung des staatlichen Bildungsauftrages. Hierzulande fehlt ein klares Wort der politisch Verantwortlichen. Daher helfen wir uns vorerst selbst. Löschen Sie Ihre Namen von den Web-Sites der Schulen, wenn Sie auf Datenschutz bestehen wollen.

Hintergrund

Auch in Frankreich gibt es seit Anfang 2008 ein Portal zur Bewertung von Lehrer/innen. Das

Pariser Landgericht ("Tribunal des Grande Instance") hat geurteilt, dass auf der gesamten Site (auch nicht im Diskussionsforum) keine Lehrernamen mehr genannt werden dürfen. Die französische Gesellschaft ist insgesamt wesentlich lehrerfreundlicher als die deutsche; selbst der Bildungsminister Xavier Darcos "nahm das Urteil 'mit Genugtuung' auf". Die Rechtsberaterin von "note2be", Nathalie Beslay, wies dagegen darauf hin, dass es im Internet üblich sei, dass Nutzer zu den Inhalten beitragen. Die Entscheidung der Richter sei "nicht neutral", was die Meinungsfreiheit und das Internet im Allgemeinen angehe.

Note2be war erst am 30. Januar von einem Kommunalwahlkandidaten der Regierungspartei UMP aus dem achten Pariser Bezirk gegründet worden, um "einen alten Schülertraum zu verwirklichen".

Lehrer und ihre Verbände schäumten prompt über die "Provokation" und die "Gefahr einer öffentlichen Lynchjustiz". Auch die beiden größten Elternorganisationen waren sich einig in der Ablehnung der Lehrerbenotung. Und sogar der Bund der Gymnasiasten übte Kritik: "Wir wünschen uns eine Beteiligung der Schüler an der Beurteilung des Schulsystems, aber auf diese Art ist das ungesund", sagte die Schülersprecherin Floréale Mangin.

Wird spickmich.de den französischen Markt übernehmen?

Trotz der totalen Ortsunabhängigkeit des Internets haben nationale Gesetze gravierende Auswirkungen: Was hier verboten ist, kann einfach im Ausland gehostet werden (Beispiel: myspace.com), auf dem tonnenweise Files urheberrechtswidrig angeboten werden). Damit ist klar, vote2be könnte im Ausland, in Deutschland, gehostet werden – von spickmich?

Was hat der VLW getan?

Der VLW hat mehrere Rechtsgutachten erstellen lassen, die für uns zwar nicht befriedigend waren, aber deren Ergebnisse Spickmich zur Reaktion veranlasst haben.

- So wurden die Bewertungskriterien etwas seriöser.
- So sind die Beurteilungen nur noch von Schulmitgliedern „einsehbar“.

Was können Sie tun?

- Die Verfahren bezüglich Datenschutz gingen u. a. verloren, weil die Daten der Lehrer im Internet bekannt waren. Löschen Sie daher Ihre Namen von der Web-Site der Schule.
- Einige Schüler – und nur um die geht es – erwarten, dass sie uns anonym ärgern können.

Erfüllen Sie diese Erwartung nicht.

- Erklären Sie den Schülern, wie man Kritik richtig anbringt. Das Schulmitbestimmungsrecht und unser Qualitätsmanagement bieten dazu jede faire Möglichkeit.

Saarbrücken März 2008

Matthias Simmer

Weitere Quellen:

<http://www.heise.de/newsticker/meldung/102754>

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/ausland>

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

der vLw Saar hat sich sehr intensiv mit dem Thema "spick-mich" und Lehrerbewertung befasst. Wir danken für die Genehmigung, diesen Artikel veröffentlichen zu dürfen.

Außerdem interessiert uns Ihre Meinung:

Haben Sie das Internetportal www.spick-mich.de schon einmal besucht? Haben Sie dort Ihre Schule gefunden, vielleicht sogar Ihren eigenen Namen?

Ich habe es getan. Und ich versichere Ihnen, es ist durchzuckt einen schon sehr merkwürdig, wenn der eigene Name auftaucht! Zu einer Bewertung meiner Person hat es noch nicht gereicht, dafür sind mindestens 10 Schülereinträge erforderlich, andere Kolleginnen und Kollegen hingegen wurden schon mit einer Note versehen.

Bitte schreiben Sie uns eine mail – wir werden Ihre Zuschriften in der nächsten Ausgabe veröffentlichen - auf Wunsch auch anonym.

Uns interessiert vor allem, ob Sie sich persönlich angegriffen fühlen würden, sollte eine Bewertung über Sie abgegeben werden, würden Sie darüber hinweg sehen oder würden Sie gern rechtlich abgesichert werden?

Sie erreichen die Redaktion der news unter

maetzig-wurm@vlw-berlin.de

Im Übrigen noch ein Hinweis: Die Bewertungen sind von jedem einsehbar, nicht, wie der saarländischen Kollege schreibt, nur von Schulmitgliedern. Ich habe es gerade ausprobiert, tun Sie das auch!

rmw

Philologenverband: Internet-Mobbing nimmt zu

(dbb) Immer mehr Pädagogen werden nach Erkenntnissen des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) im Internet durch Schüler diffamiert und bloßgestellt. Vom so genannten Internet-Mobbing seien an deutschen Schulen rund 60 000 Lehrer betroffen, schätzt der DPhV-Vorsitzende Heinz-Peter Meidinger. Der Verband warnte am 26. Mai 2008 vor einer stark steigenden Tendenz dieser Computer- Attacken.

Der DPhV kritisierte zahlreiche Bundesländer wegen Untätigkeit in diesem sensiblen Bereich. Nur die Behörden in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen hätten bisher ein Netz von

Ansprechpartnern und Hilfeleistungen für attackierte Pädagogen installiert. Die diffamierende und oft in persönliche Bereiche gehende Kritik von Schülern an Lehrern werde besonders in Internet- Plattformen, Videobörsen und Chat-Foren verbreitet. Meidinger sagte, diese Vorfälle seien inzwischen „an fast jeder weiterführenden Schule“ zu beobachten.

Wirksame Vorbeugung sei bisher nicht gelungen. „Einem Teil der Schülerschaft ist nicht klar, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist“, sagte Meidinger. In den meisten Fällen gehe Internet-Mobbing von einer „verschwindenden Minderheit von Schülern“ aus. Gegen deren Aktivitäten würden die meisten Bundesländer ihrer Fürsorgepflicht für Lehrer jedoch nicht nachkommen.

Kostenlose Mitgliedschaft für Referendare und Referendarinnen

Um den Berufsanfängern und – anfängerinnen die Leistungen unseres Verbandes auf Bundes- und Landesebene näher zu bringen, hat der Vorstand des vLw Berlin beschlossen, keine Beiträge für die Mitgliedschaft während des Referendariates zu erheben

Der Vorteil für unsere jungen Kolleginnen und Kollegen: Sie erhalten die w+e, die news und genießen den Rechtsschutz des DBB in allen rechtlich strittigen Fragen.

Der erste Durchgang bei der Gewinnung von jungen Mitgliedern war sehr erfolgreich, und auch von den jetzigen Referendarinnen und Referendare erwarten wir positive Resonanz.

Wir hoffen natürlich sehr, dass möglichst viele von ihnen die Vorteile einer Mitgliedschaft im vLw erkennen und nach abgelegter Assessorprüfung unsere regulären Mitglieder werden.

Beihilfe für studierende Kinder

Nach der Änderung der Höchstdauer für den Bezug on Kindergeld ist auch die Beihilfe betroffen. Es gibt jedoch eine Übergangsregelung, über die der Dienstherr nicht explizit unterrichtet hat, wohl in der Hoffnung, dass es keiner merkt.

Studierende Kinder, die bereits im Wintersemester 2006/2007 immatrikuliert waren, gelten bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres zuzüglich Wehr- oder Zivildienst als berücksichtigungsfähig für die Beihilfe, auch wenn sie keinen Anspruch auf Kindergeld bzw. kindbezogenen Familienzuschlag mehr haben.

Einzige Erschwernis: Mit jeder eingereichten Rechnung muss eine Immatrikulationsbescheinigung Winter 06/07 und die jeweils aktuelle beigefügt werden.



Aber das muss doch möglich sein!!!

Wir danken unserem Mitglied Gerd Karnasch für diesen Hinweis!

Der Landesverband Berlin trauert um seine Mitglieder:**Eberhard Goldbach**

Abteilungsleiter am OSZ Banken und Versicherungen
StD i. R.
geboren am 26.02.1932, verstorben am 09.11.2007

Frank Dudzus

Schulleiter am OSZ Wirtschaftssprachen
OStD i. R.
geboren am 14.05.1931, verstorben am 20.12.2007

Dr. Reiner Rudolph

Abteilungsleiter am OSZ Bürowirtschaft und Verwaltung
StD i. R.
ehemaliger Landesvorsitzender des vLw Berlin
geboren am 16.07.1927, verstorben am 20.12.2007

Der Vorstand nimmt im Namen seiner Mitglieder Abschied und bedankt sich für die Treue der Verstorbenen zu unserem Verband.

Unser Mitgefühl gilt ihren Angehörigen.

**Rede von Herrn Knaut anlässlich der Trauerfeier für
Dr. Reiner Rudolph am 7. Januar 2008**

Wir nehmen heute Abschied von unserem Kollegen Dr. Reiner Rudolph. Abschied nehmen bedeutet in diesem Fall Dank sagen für ein gutes, wahrhaft kollegiales Miteinander.

Wir hatten in ihm einen liebenswerten, äußerst korrekten und zuverlässigen Kollegen, der sowohl die so genannten Sekundärtugenden als einen Grundpfeiler der Zusammenarbeit im Beruf beachtete als auch Primärtugenden lebte.

Mit scheinbar leichter Hand löste er Probleme, die er vorher in verantwortungsvoller Weise gründlich durchdacht hatte. Seine korrekte Beachtung von Verwaltungsvorschriften bei der Leitung seiner Abteilung fand ihre Grenze in den Möglichkeiten einer sinnvollen und menschenbezogenen Umsetzung und verhinderte pragmatische Lösungen nicht.

Er konnte väterliche Gelassenheit ausstrahlen, nachdenklich und problemoffen sein, war jedoch zur rechten Zeit sicher im Urteil und bestimmt in seinen Entscheidungen. Dabei war er immer ein Mann der leisen Töne und der äußerst verbindlichen Umgangsformen.

Sein Verantwortungsbewusstsein bewies er in großartiger Weise, als er in einer für den Diplom-Handeslehrerverband sehr schweren Zeit dessen Vorsitz übernahm und den Verband in Berlin stabilisierte.

Alles in allem: Dr. Reiner Rudolph war ein nobler, ein vortrefflicher Mann.

Runde Geburtstage

70 Jahre

Herr Rainer Holstein 10.03.2008

75 Jahre

Herr Günter Ludwig 01.04.2008

80 Jahre

Frau Ursula Hübner 26.02.2008

85 Jahre

Herr Friedrich Drüner 13.12.2008

Der Vorstand gratuliert allen Jubilaren von Herzen und wünscht Ihnen noch viele gute Jahre bei bester Gesundheit.

**Impressum:
V.i.S.d.P. ist der Vorstand des vLw Berlin
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin
Telefon: (03328) 302 123
Fax: 03328/30 21 31
Redaktion:
Roswita Mätzig-Wurm
eMail-Adresse:
maetzig-wurm@vlw-berlin.de**